

Marokko - Schlüsselland der Einwanderungsfrage

**Dynamik, Stabilität und Kooperationsbereitschaft sind die neuen
Markenzeichen des Königreichs / Relative Sicherheit für Christen**

Von Jürgen Liminski

Die Diskussion um die Einwanderung zwischen den potentiellen Koalitionspartnern eines Jamaika-Bündnisses fährt sich nicht nur am Begriff der Obergrenze fest, sondern auch an der Definition „sichere Herkunftsländer“. Im Focus stehen dabei vor allem die Maghreb-Staaten. Unter ihnen spielt Marokko eine besondere Rolle – für die Stabilität des Maghreb, für die Zukunft Afrikas mit Europa, für den Kampf gegen den islamistischen Terror. Die Vorstellungen der Grünen von demokratischen Verhältnissen gleichen einer Fata Morgana. Es lohnt sich genauer hinzuschauen.

Ein Gerücht sorgte jüngst für Aufregung: Algeriens Präsident Bouteflika sei gestorben. Es wurde sogleich dementiert, plausibel war es dennoch. Der Präsident ist schwerkrank und tritt nicht mehr in der Öffentlichkeit auf. Mit den seltenen Besuchern verständigt der nur noch flüsternde Achtzigjährige sich über ein kleines Mikrofon. Die Besuche beim „starken Mann Algeriens“ dauern maximal eine Stunde, dann lässt die Wirkung der Medikamente nach. Es ist nur eine Frage kurzer Zeit, bis das Gerücht zum Faktum wird. Dann drohen in Algerien Unruhen, möglicherweise sogar libysche Zustände – mit der Folge, dass dann wieder viele hunderttausende nach Europa fliehen. Noch funktionieren die Geheimdienste und die Mechanismen der Unterdrückung von politischen Freiheitsgelüsten. Aber wie lange noch? Die Wirtschaft steht wegen der gefallenen Öl- und Gaspreise am Abgrund, die Arbeitslosigkeit wächst. Algerien ist ein Pulverfass und die Lunte glimmt. Aber niemand weiß, wie lang die Lunte ist. Schon warten die Schlepper auf Kundschaft. Krieg ist auch nur ein Migrationsgrund. Die Demographie ist der zweite. Während der Herrschaft Bouteflikas hat sich die Bevölkerung in dem größten Flächenstaat Afrikas auf fast 40 Millionen verdoppelt. In zwanzig Jahren lebt jeder zweite Jugendliche auf der Welt in Afrika. Millionen stehen jetzt schon bereit für den großen Treck nach Europa. Aktuell wartet fast eine Million Migranten in Libyen unter unmenschlichen Zuständen auf eine Chance, auf ein Boot zur Überfahrt nach Europa. Italien ist überfordert, Frankreich sperrt sich. Aber wer soll die künftigen Migrationsströme aus Afrika aufhalten?

Im Nachbarland Libyen entwickelt sich General Haftar zum starken Mann. In Algerien könnte es auch ein General werden. In Ägypten regiert schon General Al Sisi mit harter Hand. Und Marokko? Hier herrscht König Mohammed VI. Er erlaubt kleine Freiheiten und genießt als direkter Nachkomme des Propheten besonderes Ansehen in der Bevölkerung. Ab und zu lässt er die Europäer spüren, daß er das Migrationsventil bedient. Dann schauen seine Grenzwatchen weg und plötzlich stürmen mehrere hundert Flüchtlinge die Zäune der spanischen Enklaven Ceuta und

Melilla. Sie kommen aus Mali, Benin, Senegal, Mauretanien, Burkina Faso und selbst aus Kamerun und noch weiter südlich. Sie alle wissen: Wer in Ceuta oder Melilla Fuß fasst, braucht nicht mehr über das Mittelmeer. Deshalb ziehen viele tausend an Libyen und Algerien vorbei und warten darauf, dass die marokkanischen Grenzer wegschauen.

Marokko wird zum Schlüsselland für die Einwanderungsfrage. Eigentlich sind die spanischen Enklaven schon so etwas wie Hotspots, Auffang- und Registrierstationen auf afrikanischem Boden. An der Zusammenarbeit mit dem König führt kein Weg vorbei. Und warum auch? Mohammed VI. ist ein moderater und modern gesinnter Monarch. Natürlich kann in Marokko von Demokratie nicht die Rede sein, wie übrigens in keinem der 57 Länder der Islamischen Liga. Europa hat ein hohes Interesse, mit dem König zu kooperieren. Die Abschiebungen nach Marokko haben sich dieses Jahr verdreifacht. Nach Tunesien und Algerien stocken sie. Mit Rabat ist allemal besser zu verhandeln über Rückkehrer und Migrationskontrolle als mit allen anderen Autokraten im Maghreb.

Verhandlungen mit Mohammed VI. haben auch mehr Zukunftsperspektive. Das Land ist stabil. Zwar haben Christen in Marokko kein einfaches Leben. Mission ist wie in allen muslimischen Ländern verboten. Im Juni haben sogar 7000 religiöse Führer ein Dokument unterzeichnet, das Aktivitäten von Christen als „moralische Vergewaltigung“ und „religiösen Terrorismus“ verurteilt. Und der Minister für religiöse Stiftungen in Marokko hält auch die jüdische Religion für subversiv, sie untergrabe die öffentliche Ordnung. Das Religionsministerium, das sich um diese Fragen kümmern sollte, stimmt stillschweigend zu. Aber anders in anderen muslimischen Ländern dürfen Christen ihren Glauben ausüben, es gibt auch Kirchen. Und man kann vermuten, daß der König diese Umtriebe religiöser Führer als Ventil benutzt, um die Unruhe in islamistischen Kreisen von sich abzulenken.

In diesem Sinn ist auch ein Projekt des Religionsministeriums mit dem deutschen Entwicklungshilfeministerium einzuordnen. So investiert die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fünf Millionen Euro für „Grüne Moscheen“ in Marokko. Deutschland beteiligt sich damit an einer energetischen Modernisierung von Islamischen Gebetshäusern in Marokko. Konkret werden LED-Beleuchtung, Photovoltaiksysteme und Solarthermie-Anlagen für die Warmwassererzeugung finanziert. So wird aus einer Moschee eine „Grüne Moschee“. Bis März 2019 sollen 600 Moscheen energetisch modernisiert werden. Hier wird die Umweltideologie symbolisch zum religiösen Überbau der Politik hochstilisiert und man könnte natürlich die 5 Millionen Steuergelder als Geschenk für die Bilanzen des marokkanischen Religionsministeriums sehen, Geld mit dem man mehr als 600 Brunnen in Afrika bauen oder mehr als elftausend Menschen von der Armut befreien könnte, wie Kritiker des Projekts sagen. Aber man kann das Geld auch als Investition in die allgemeine Zusammenarbeit, mithin auch bei der Flüchtlingshilfe sehen. Abgesehen davon lässt der König die Moscheen überwachen und achtet darauf, dass radikalislamische Strömungen nicht zum Zuge kommen.

Mehr noch: Als „Amir al-Muminine“, Prinz der Gläubigen, versucht Mohammed VI. auch über die Religion, genauer über die Angehörigen des malekitischen Ritus, Einfluss auf die Nachbarländer in der Subsahara auszuüben. Diese eher islamisch-gemäßigte Glaubensrichtung wird besonders von der Sufi-Bruderschaft Tijaniyya praktiziert. In Mali, Senegal und Nigeria wird die Zahl der Anhänger dieser Richtung auf 35 bis 40 Millionen geschätzt. Der Gründer ist in Fes begraben, eine Pilgerstätte für die Gläubigen. Der König versucht, diesen auch von anderen Bruderschaften und Institutionen unterstützten „Islam der gerechten Mitte“ als Bollwerk gegen radikale Strömungen auszuweiten. So bildet seit 2013 das „Institut Mohammed VI.“ Imame und religiöse Berater auch aus Mali, der Elfenbeinküste, Guinea und neuerdings auch aus dem Tschad aus. Marokko vergibt an diese Studenten Stipendien. Eine weitere Institution, die „Stiftung Mohammed VI.“ hält seit Sommer 2016 regelmäßig Treffen von islamischen Würdenträgern und Gelehrten aus 30 Ländern ab, um diese gemäßigte Richtung des Islam zu verbreiten und in Afrika zu verankern.

Gleichzeitig weitet Marokko auch seinen wirtschaftlichen Einfluss aus. Schon heute ist das Land nach Südafrika der zweite Investor im schwarzen Kontinent. 85 Prozent der marokkanischen Investitionen werden in Afrika getätigt, schreibt die Afrikanische Entwicklungsbank. Es geht um Dünger, Häuserbau, Bankensysteme oder auch Gaspipelines vor allem in Westafrika, aber auch in Uganda, Ruanda und sogar beim Haupttrivalen Südafrika. All diese kulturellen und wirtschaftlichen Initiativen verfolgen auch politische Ziele. Marokko will wieder seinen Platz in der OAU, der Organisation der Afrikanischen Union, voll einnehmen. 1984 hatte Rabat die OAU verlassen, weil sie die Demokratische Arabische Republik Sahara, aufgenommen hatte. Diese de facto nicht lebensfähige und von der Widerstandsbewegung Polisario geführte Republik beansprucht die Westsahara für sich, Marokko sieht diesen phosphatreichen Landstrich aber als eigenes Staatsgebiet an und hat Teile davon besetzt. Seit die Spanier sich aus diesem Konflikt zurückgezogen haben, lebt die Polisario von der Unterstützung aus Algier. Erst im Januar dieses Jahres war Marokko in die OAU zurückgekehrt, das Problem mit der Polisario schwelt weiter, ihre Republik wird derzeit nur von rund 30 Staaten anerkannt.

Rabat will die Polisario isolieren, Algier hält dagegen. Aber der Einfluss Algeriens in Afrika sinkt, Marokkos Ansehen steigt. Die Lage an der Spitze beider Länder ist symptomatisch. König Mohammed könnte, mit europäischer Hilfe, die Flüchtlingsströme aus Afrika in Richtung Europa schon in der Tiefe des Kontinents eindämmen, Algerien ist momentan dazu nicht in der Lage. Auch die Grenzsituation beider Länder in der Sahara ist symptomatisch, ein Sandwall von 2700 Kilometer Länge trennt die beiden Armeen, es bewegt sich nichts. Aber während Algerien politisch und wirtschaftlich wie gelähmt erscheint, geht von Marokko eine Dynamik aus, die sowohl Reformen im Innern als auch Initiativen in der Diplomatie und im Außenhandel antreibt. Daran wird sich, solange der König lebt, nichts ändern. Er und sein Land sind eine offene Pforte Europas für Afrika.